

Bündnis-Zukunft D-30451 Hannover Leinaustr.3

Deutscher Bundestag

- Postverteiler -

**An alle Mitgl. des Dt. Bundestages
Platz der Republik 1**

D-11011 Berlin

Bundesgeschäftsstelle

Thomas Bauer (1. Vors.)

D-30451 Hannover
Leinaustr. 3

thomasbauer@buendnis-zukunft.de

www.buendnis-zukunft.de

- Offener Brief -

Hannover, 19. Februar 2007

Sehr geehrte Damen und Herren.

77 % der Bevölkerung sind nach einer aktuellen Forsa-Umfrage gegen die Entsendung deutscher „Tornado-Kampfflugzeuge“ nach Afghanistan.

Trotzdem scheint eine Mehrheit des Bundestages erneut einer Ausweitung des Afghanistan-kriegseinsatzes zustimmen zu wollen, auch wenn dadurch Gegenterror und Racheakte immer wahrscheinlicher werden. Die Befürchtungen der Innenminister Schäuble, Beckstein und anderer vor dieser Gefahr, müssen darum gründlich überdacht werden.

Wir appellieren erneut an Sie, diese Entsendung der Tornados und weiterer 500 Soldaten gewissenhaft zu überprüfen, und sich an den Friedensverpflichtungen des Grundgesetzes und des Wiedervereinigungsvertrages zu orientieren, statt vermeintlichen Sachzwängen oder Bündnisverpflichtungen Vorrang einzuräumen.

Die neuesten Anforderungen der Militärbefehlshaber in Afghanistan nach weiteren Kampf-Truppen zeigen außerdem, dass die Entsendung dieser Kampfflugzeuge nicht das Ende sondern der Anfang einer stärkeren Kriegsbeteiligung ist.

Wir erinnern deshalb auch daran, dass selbst 100.000 Sowjet-Soldaten in den 80er Jahren Afghanistan militärisch nicht beherrschen konnten!

Darüber hinaus darf die deutsche Politik die Rückkehr der USA zu zivilisierten Formen von Konfliktlösungen nicht verhindern. Die deutliche Ablehnung des US-Repräsentantenhauses weitere Truppen in den Irak zu entsenden, zeigt ein grundsätzliches Umdenken in der US-Politik, das nicht durch die Unterstützung anachronistischer Gewaltaktionen in Afghanistan sabotiert werden darf.

Die Ära „Bush“ hat die Untauglichkeit militärischer Konfliktlösungsversuche erneut ausreichend bewiesen.

Die bereits im Sept. 2002, vom ehem. US-Präsident und Friedensnobelpreisträger Carter ausgesprochene Warnung: „Die USA drohen selbst zu einem der Unrechtsregimes zu werden, die sie verurteilen“, hat sich durch die Foltergefängnisse Abu Graib, Guantanamo, Entführungen und zahlloser anderer Menschenrechtsverletzungen bestätigt.

Besonders das „Präsidenten-Dekret“ vom 14. Februar 2007, durch Folter erzwungene „Geständnisse“ feindlicher ausländischer Kämpfer als Beweismittel bei militärischen Sondertribunalen zu verwenden (Im Gegensatz zur Entscheidung des obersten US-Gerichtshofes) müsste jeden zivilisierten Menschen und besonders Politiker veranlassen solchen „Führern“ der freien Welt ihre Gefolgschaft schnellstens zu versagen.

- Krieg ist kein Mittel der Politik mehr -

Deutschlands größer gewordene Verantwortung in der Welt heißt:

Frieden schaffen durch menschenwürdige Lebensbedingungen statt durch Gewalt!

Bündnis für die Zukunft

Der Bundesvorstand